

Geschlechtergleichheit – (k)ein Mandat für internationale Klimaverhandlungen?

LIANE SCHALATEK

Globaler Klimawandel ist weltweit längst bittere Realität und seine Auswirkungen sind nicht gender-neutral. Besonders betroffen sind Menschen der ärmsten Länder, und unter den Ärmsten vor allem Frauen. Diese stellen global die Mehrheit der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung dar. Armut erhöht die Vulnerabilität für die Auswirkungen des Klimawandels, macht Anpassungsbemühungen zugleich notwendiger und schwieriger. Naturkatastrophen häufen sich und treffen Frauen und Kinder meist härter – auch in der vermeintlich entwickelten Welt.¹ Die Gründe liegen in den sozial konstruierten Rollen und Normen, die Männern und Frauen gesellschaftlich unterschiedlich zugewiesen werden. Auch Machtverhältnisse, die Frauen ökonomisch und rechtlich benachteiligen, machen sie weltweit verwundbarer für die negativen Folgen des Klimawandels. Frauen sind im Kampf gegen den Klimawandel nicht nur überdurchschnittlich häufig Opfer, sondern wichtige agents of change (Women's Environment & Development Organisation, 2007) – sowohl bei der Anpassung (adoption) an die Umweltveränderungen als auch bei der Emissionsvermeidung (mitigation).

Dabei sind die Probleme, die sich im Kontext des Klimawandels stellen, nicht neu. Die Verknüpfung zwischen Fragen der Geschlechtergleichheit² und nachhaltiger Entwicklung wurde im Verlauf der letzten Jahrzehnte bereits in wichtigen internationalen Verhandlungszusammenhängen und Politikrahmen thematisiert, z.B. beim Erdgipfel in Rio 1992 und in der Agenda 21, auf der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995 im Pekingener Aktionsplan oder beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen (UN) und in den dort beschlossenen Millenniumsentwicklungszielen (MDGs). Durch die Linse des globalen Klimawandels wird die Herausforderung Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen noch drängender, in ihren Auswirkungen potenziert und stärker den je mit anderen Nachhaltigkeitsbelangen verbunden. Allerdings tut sich die internationale Klimapolitik in den laufenden Klimaverhandlungsprozessen nach wie vor schwer, die Genderdimensionen des Klimawandels nicht nur in vollem Maße anzuerkennen, sondern auch in Politikansätzen und -instrumenten ausreichend zu berücksichtigen. Dieser Beitrag konzentriert sich – aus einer politikaktivistischen und weniger politikwissenschaftlichen Perspektive – auf die Schwerfälligkeit der UN Klimarahmenkonventionen (United Nations Framework Convention on Climate Change UNFCCC), Gender-Belange zu akzeptieren und die Möglichkeiten, diese zu übernehmen. Diese Schwerfälligkeit ist höchst problematisch, weil sie nicht nur auf eine gefährliche Wissenslücke in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel hinweist, sondern Handlungsoptionen beschränkt, und somit einen wichtigen Teil des menschlichen Veränderungspotentials vergeudet. Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Klimawandels – ob im

Bereich des Konsumverhaltens, bei der Ressourcennutzung oder im sozialen, intra- und internationalen Umgang – ist eine grundlegende Veränderung menschlichen Handelns. Gerade deshalb müssen politische EntscheidungsträgerInnen und KlimaexpertInnen neben den Technologie- und Finanzfragen auch die Frage der Genderrelevanz des globalen Klimawandels adressieren und in das Zentrum gegenwärtiger umweltpolitischer Diskurse stellen. Dabei gilt es auf die Erfahrungen und Ansätze anderer internationaler Verhandlungsprozesse und multilateraler Institutionen selektiv zurückzugreifen, die z.B. das Gender Mainstreaming³ und gezieltes Empowerment für Frauen, explizite Multiebenenaktionspläne oder Multi-Stakeholder Konsultationen in ihrem Bemühen um mehr Geschlechtergleichheit sinnvoll genutzt haben. Diese müssen den neuen Anforderungen nach Kohärenz und Synergie in der Zusammenschau von Gender-, Umwelt- und Nachhaltigkeits-, sowie Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zugleich angepasst werden.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit, Geschlechtergerechtigkeit im Lichte des Klimawandels neu zu überdenken, sind die Erfahrungen und Bemühungen der Weltbank um Gender Mainstreaming. Seit mehreren Jahren versucht eine Reihe von GenderexpertInnen auf Sektor- und Regionalebenen innerhalb der Weltbank durch einen Genderaktionsplan deren Entwicklungsprojekte gendersensitiver und nachhaltiger zu gestalten (World Bank 2006). Allerdings konzentrieren sich diese Aktivitäten eher auf die allgemeine bessere Integration von Frauen als auf z.B. ihre möglichen wirtschaftlichen Potentiale innerhalb existierender, makroökonomischer Strukturen. Die wirtschaftlichen Strukturen und Ausrichtungen (z.B. Exportwirtschaft und ein auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basierendes Wachstumsmodell) sowie deren Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung, den Klimawandel und die Geschlechterverhältnisse werden dabei nicht gezielt hinterfragt. So bleibt die Rolle von Frauen auch in der intensiven, wissensgenerierenden Beschäftigung mit dem Klimawandel innerhalb der Bank nur eine Randerscheinung – im neuen Weltentwicklungsbericht der Weltbank zu Klimawandel und Entwicklung, einem 440-Seiten starken Werk, kommen Bezüge auf Frauen und damit verbundene Genderdimensionen nur auf einer Seite vor (World Bank 2009). Stattdessen sollte der Zugang zu Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung in der Weltbank kritisch reflektiert werden; die in diesem Jahr anstehenden Revisionen der internen Weltbankpolitiken zu nachhaltiger Entwicklung und Energie bieten dafür eine gute Gelegenheit.

„What is not counted does not count’ – gilt auch in der Klimawissenschaft

Längst ist globaler Klimawandel ein etablierter wissenschaftlicher Fakt, den nur wenige renommierte Klimaforscher in Zweifel ziehen. Prominentester Referenz- und Rechtfertigungsrahmen in der internationalen Klimapolitik sind die Berichte und Bewertungen des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaveränderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), ein bei der UN angesiedeltes, mehrere Hundert WissenschaftlerInnen starkes, global repräsentatives Konsortium, das im Jahr 2007 für seine Arbeit mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet

wurde. Es war vor allem der vierte IPCC Bewertungsbericht im Jahr 2007 (IPCC 2007a), der die weltweiten langfristigen Veränderungen von Wetterzyklen unzweifelhaft menschlichen Aktivitäten zuschrieb und eindringlich die drastischen Folgen für Ökosysteme und je nach Gender, Alter, Gesundheit, sozialem Status und Klassenzugehörigkeit unterschiedlich betroffene Menschen analysierte (IPCC 2007b). Klimawandel kann die Entwicklungsfortschritte vergangener Dekaden auslöschen und reduziert die ohnehin geringe Hoffnung, dass die acht Millennium Development Goals (MDGs), darunter die Ziele für Geschlechtergleichheit (Ziel 3) und Nachhaltigkeit (Ziel 7) mit dem direktesten Bezug zu Klimawandel, bis 2015 noch erreicht werden könnten (UN 2000).

Auch wenn der IPCC global existierende Studien zum Klimawandel zusammenträgt, führt das Panel die Untersuchungen und Datenerhebungen nicht selbst durch. So kommt in den Berichten des IPCC die Genderdimension zwangsläufig zu kurz.⁴ Im Vergleich zu anderen Aspekten des Klimawandels gibt es bislang weit weniger wissenschaftliche Beschäftigung mit den geschlechterdifferenzierten Implikationen des Klimawandels. Handlungsempfehlungen für eine genderbewusste Klimapolitik sind trotz der fast unüberschaubaren wissenschaftlichen Produktion internationaler KlimaforscherInnen immer noch Mangelware. Besonders gravierend ist dabei das Fehlen gender-differenzierter Datensätze. Eine Redewendung im Englischen mahnt an: „What is not counted, does not count.“⁵ Das trifft auf die Genderdimension in der internationalen Klimapolitik sicherlich zu. Hinweise auf empirische Beobachtungen der unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels auf Männer und Frauen aus überwiegend zivilgesellschaftlicher Perspektive werden als anekdotisch und unwissenschaftlich zurückgewiesen, die dünne Datenlage häufig als Entschuldigung dafür genannt, ohne wissenschaftliche Fundierung gendersensible Klimapolitiken nicht implementieren zu können. Dies gleicht einer Kreislogik wie der sprichwörtlichen Frage nach Henne oder Ei und unterliegt somit einem Kausalitätsdilemma. Tatsächlich ist es umgekehrt: Erst die politische Forderung und Selbstverpflichtung auf höchster Entscheidungsebene nach Einführung solcher Klimapolitiken und -instrumente schafft die für eine intensive Grundlagenforschung notwendige Datendichte in diesem Bereich.

Die Genderdimensionen des Klimawandels sind vielschichtig und gravierend (WEDO/UNFPA 2009; UNDP 2009; Lambrou/Pianna 2006), wenn oft auch erst in Ansätzen dokumentiert, mit besonderen Dokumentationslücken gerade im Bereich der Emissionsvermeidung.⁶ Frauen und Männer sind häufig unterschiedlich schwer betroffen, denn die Machtverhältnisse, die Frauen ökonomisch und rechtlich benachteiligen und ihnen politische Mitspracherechte verweigern, machen Frauen für die negativen Folgen des Klimawandels weltweit verwundbarer: instabile Nahrungsmittelproduktion angesichts wechselnder und extremer, von mehr Trockenheit und Überschwemmung gekennzeichneten Wettergeschehen; häufiger auftretende Naturkatastrophen, Ausbreitung von Seuchen, durch Klimawandel erzwungene Migration, knapper werdende natürliche Ressourcen oder intensiviertere Ressourcenkon-

flikte. In der Tat sind Frauen häufig Opfer des Klimawandels, aber eben nicht nur. GenderadvokatInnen in den Klimaverhandlungen bemühen sich, Frauen auch als *agents of change*, als proaktive Akteure in der Anpassung und Emissionsreduktion darzustellen (WEDO 2007). Die weitgehend strukturell bedingte Vulnerabilität von Frauen, worauf sich der politische Diskurs um Gender und Klima meist beschränkt, ignoriert und verschleiert genderspezifisches, in einer genderunsensiblen Klimapolitik ungenutztes Wissen und Handlungspotential. Die Lösungen und Ansätze im Umgang mit dem Klimawandel, die Frauen aus ihren Lebenserfahrungen mit der direkten Ressourcennutzung einbringen, sind häufig Niedrigkostonoptionen und Kleinprojekte, die vor allem lokalen Gemeinden direkt zugute kommen. Sie passen deshalb oft nicht in einen klimapolitischen Ansatz, da dieser kostspielige Technologielösungen massiver Größenordnung⁷ favorisiert. Diese Voreingenommenheit der Planer und politischen Entscheidungsträger gilt es offen zu legen, sowie mit Hinweis auf existierende *best practices*, gelungene Beispiele für Gender bewusste Anpassungs- und Mitigationsprogramme, deren Effizienz und die leichte Verbreitung dieser Lösungen aufzuzeigen. Zum Teil sind diese alternativen Ansätze in ihrer Einfachheit und Wirksamkeit beeindruckend. Sie integrieren Wissen über natürlich vorkommende Pflanzenvarietäten zur Anpassung an das wechselnde Klima, die in einer dörflichen Gemeinschaft wirksamsten Kommunikations- oder Kooperationsmechanismen (z.B. für den Katastrophenschutz) oder die Verminderung von Emissionen und Abholzung durch Nutzung einfacher erneuerbarer Energien auf Haushaltsebene (Biomasse anstelle von Holzöfen, Solarkocher). Diese Möglichkeiten müssen in der Formulierung von Anpassungsprogrammen und -instrumenten, einschließlich ihrer Finanzierung, und im Design von Implementierungsprojekten auf internationaler, nationaler wie lokaler Ebene, berücksichtigt und integriert werden. Gleichzeitig sind die Anpassungsleistungen (*coping strategies*), die Frauen im Rahmen ihrer traditionellen Aufgaben als primäre Nahrungsversorgerinnen und Gesundheitsexpertinnen ihrer Familien ohnehin bereits erbringen, zu beachten. Weil Frauen und ihre Familien gerade im ländlichen Raum in den ärmsten Entwicklungsländern für ihren Lebensunterhalt primär auf natürliche Ressourcen angewiesen sind, haben sie Erfahrungen in deren Schutz und nachhaltigen Gebrauch, die für Mitigationsprojekte und -instrumente relevant sind. Dies lässt sich am Beispiel der Nutzung und Bewahrung von Wäldern und Ackerflächen als CO₂-Senken zeigen (UNDP 2009).⁸

Die Genderdimensionen in den UN Klimaverhandlungen

Von einer politischen, verbindlichen Adressierung der Genderdimension des Klimawandels, wie angesichts der Vielschichtigkeit der Herausforderung nötig, ist die Klimakonvention der UN noch meilenweit entfernt. Sie trat als ein Ergebnis der Rio Konferenz 1994 mit dem naturwissenschaftlich-technisch eng definierten Ziel in Kraft, Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre zu begrenzen. Das Kioto Protokoll von 1997, ihr wichtigstes Instrument, versuchte verbindliche Obergrenzen für die Schadstoffemissionen der wichtigsten Verschmutzerländer festzusetzen.

Die Berücksichtigung sozial-gesellschaftlicher Dimensionen des Klimawandels, wie sie heute primär in der Diskussion um Anpassungsnotwendigkeiten und -hilfen Ausdruck finden, war also in der UNFCCC ursprünglich nicht angelegt. Weder die Rahmenkonvention, noch das Kioto Protokoll oder assoziierte Reduktionsmechanismen⁹ adressieren die Gender-Implikationen des Klimawandels, Geschlechterverhältnisse oder den möglichen Beitrag von Frauen zur Bewältigung der globalen Klimakrise – und das trotz einer stetigen Erweiterung und Konkretisierung des UNFCCC Mandats im Verlauf des nun 15jährigen Prozesses.

Im Gegensatz dazu hebt die Agenda 21 in Kapitel 24 die Anerkennung des kritischen Beitrags von Frauen zu Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung hervor und betont die Relevanz von Geschlechtergleichheit in Bereichen wie Landzugang oder Eigentumsrechte sowie Entscheidungsgewalt über natürliche Ressourcen (UN Department of Economic and Social Affairs, DESA 1992). Zehn Jahre später hat der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg das Gender Mainstreaming von Ressourcenmanagementsystemen gefordert (UN 2002). Auch die anderen beiden Rio-Konventionen zu Biodiversität (UN Convention on Biological Diversity, CBD) sowie Desertifikation (UN Convention to Combat Desertification, UNCCD) – beide gleichermaßen klimarelevant – fokussieren die spezifische Rolle von Frauen. In der Präambel der CBD finden sie Erwähnung und im Falle der UNCCD wird die Berücksichtigung existierender Gendernormen und Machtverhältnisse für die Erfüllung des Mandats durch einen Gender Mainstreaming Ansatz angegangen (WEDO 2008; Lambrou 2005). Die intensive Auseinandersetzung im Rahmen beider Konventionen hat das Verständnis von Geschlechterverhältnissen seit 1992 erweitert und konkretisiert. Dies ist vor allem der beharrlichen Beteiligung und harten Detailarbeit von wenigen feministischen Netzwerken und Frauenorganisationen (z.B. Diverse Women for Diversity, WEDO, Indigenous Women's Biodiversity Council) und international agierenden Umwelt-Nichtregierungsorganisationen (NGOs) (International Union for Conservation of Nature, IUCN) zu verdanken. So hat die CBD inzwischen einen umfassenden Genderaktionsplan (CBD 2008). Beide Konventionen haben Genderbeauftragte, publizieren Informationsschriften und bieten MitarbeiterInnen Fortbildungen zu den Genderimplikationen ihrer Arbeit an.

Natürlich ist die alleinige Existenz eines Gender (Mainstreaming)-Mandats, die Einsetzung von Genderbeauftragten oder ein von der Staatengemeinschaft verbindlich beschlossener Aktionsplan noch keine Garantie für die erfolgreiche Implementierung. Bestes Beispiel ist die Pekinger Aktionsplattform, die in den 15 Jahren seit der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 nur teilweise umgesetzt werden konnte. Beachtliche Lücken bleiben offen (United Nations Economic and Social Council UN ECOSOC, 2009). Diese Maßnahmen sind aber wichtige und unerlässliche erste Schritte, Verbindlichkeit und Rechenschaftspflicht (accountability) sowie auf der Ebene der Unterzeichnerstaaten, die für die Umsetzung nötige nationalstaatliche Maschinerie mit interministeriellen Arbeitsgruppen, Bevollmächtigten, Haushalts-etatlinien, nationalen Datenerhebungen, der Einbeziehung von SpezialistInnen und

nationaler Politiksetzung¹⁰ inklusive Evaluierungs- und Überwachungsinstrumentarien zu schaffen. Auch auf der multilateralen Ebene werden Ressourcen, Expertise und politisches Kapital für die Berücksichtigung von Genderdimensionen in internationalen Verträgen, Konventionen oder Organisationen in der Regel nur zur Verfügung gestellt, wenn Frauen als speziell zu berücksichtigende Bevölkerungsgruppe, zumindest bspw. in einer Präambel oder Entscheidung der Parteien, genannt werden.

Geschlechtergleichheit oder Gender Justice in der UNFCCC?

Um die Dimensionen Geschlechtergerechtigkeit in die Klimaverhandlungen tatsächlich einzubringen, muss in diesem neuen Politikbereich ganz von vorne angefangen werden. Vorrangig wurde und wird daher von den im UNFCCC-Prozess aktiven zivilgesellschaftlichen Gender-, Frauen-, Entwicklungs- und Umweltgruppen die zweigleisige Strategie verfolgt, in das Arbeitsprogramm des UNFCCC Textreferenzen zu Genderdimensionen einzuspeisen und ebenfalls die spezifische Berücksichtigung von Frauen zu fordern. Dies und die Lobby-Arbeit am Sekretariat der Konvention sowie die Schaffung internationaler Öffentlichkeit und Popularisierung des Themas sind die wichtigsten Elemente der Advocacy-Strategie dieser Gruppen. Nach langjährigem Sträuben hat das UNFCCC Sekretariat im Jahr 2008 eine Genderkoordinatorin sowie thematische Genderbeauftragte benannt, die spezifische UNFCCC Programmbereiche gender-sensibilisieren sollen. Bei der 14ten Vertragsstaatenkonferenz (Conference of Parties, COP) in Bali im Dezember 2008 hat das Sekretariat außerdem erstmals die UNFCCC Mitgliedsstaaten aufgefordert, als Antwort auf den Klimawandels gender-inklusive Maßnahmen zu formulieren (UNFPA 2009).

Bereits seit der ersten COP in Berlin im Jahr 1995 waren GenderaktivistInnen¹¹ trotz fehlender Unterstützung durch die wichtigen „mainstream“ Umweltgruppen beharrlich aktiv. Gewaltig verstärkt hat sich die genderpolitische Einmischung aber im Vorfeld und nach der COP 14 in Bali. Das ist in großem Maße auf die Gründung zweier neuer internationaler Netzwerke, nämlich GenderCC – Women for Climate Justice und der Global Gender and Climate Alliance (GGCA) zurückzuführen. Anders als GenderCC ist GGCA kein rein zivilgesellschaftliches Netzwerk, sondern eine ungewöhnliche Allianz von UN-Agenturen und zivilgesellschaftlichen Gender- und Frauengruppen mit hochrangigen Kontakten auf Delegierten- und Umweltministerinnenebene aus Schwarzafrika und Skandinavien. Bei den letzten beiden COPs kamen viele der Texteingaben mit Gender- und Frauenbezügen von UNFCCC Delegierten dieser Ländergruppen, vor allem aus Subsahara-Afrika. Als international respektierte „Gender Pioniere“¹² unterstützen Norwegen und Finnland die GGCA finanziell.

Auch die stärkere Involvierung von klassischen Entwicklungs-NGOs und kirchlichen Gruppen, vielfach selbst praxisnahe Implementierer von gendersensitiven Entwicklungshilfeprojekten in solchen vom Klimawandel am schlimmsten betroffenen Ländern (wie Oxfam International, Save the Children oder Brot für die Welt), hat den zivilgesellschaftlichen Druck in Sachen Gender auf die UNFCCC und Mitglieder

gierungen verstärkt. Ihr Zugang ist aus einer Entwicklungsperspektive, die Gender Mainstreaming als effektivitätsfördernd schätzt, und Klimapolitik – vor allem climate resilience, Anpassung an und Abfederung von Klimateinwirkungen – zusätzlich in Entwicklungspolitik zu verankern sucht, quasi den Ansatz eines „Double Mainstreaming“ verfolgt (Schalatek 2009; Rodenberg 2009; Lambrou/Piana 2006).

Schließlich hat auch die normative Forderung nach Klimagerechtigkeit (climate justice), inklusive dem Eingeständnis einer Klimaschuld des Nordens als Teil einer massiven ökologischen Verschuldung (ecological debt) der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern, zu einem größeren Gewicht von Geschlechterfragen in der internationalen Klimapolitik beigetragen. Sie ist das Kernstück der Klimakampagnen von globalisierungskritischen NGOs aus Entwicklungs- und Industrieländern, die seit mehr als einer Dekade für globale wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit eintreten und sich in Bali im internationalen Netzwerk Climate Justice Now! (CJN!) zusammengeschlossen haben. Zwar betreiben nicht alle CJN!-Mitgliedsorganisationen mit gleicher Verve Genderadvocacy, dennoch gilt für diese Gruppen, zu denen auch GenderCC gehört, die Akzeptanz des Grundsatzes „no climate justice without gender justice“ (Terry 2009, 5). Geschlechtergleichheit ist für die mehr technisch-wissenschaftlich auf Emissionsbegrenzungen fokussierten Klima- und Umweltgruppen, wie sie sich im Climate Action Network (CAN) engagieren, dagegen keine prägende Grundlage ihrer Arbeit.¹³

Am Beispiel der beiden globalen Gender-und-Klima-Netzwerke, GenderCC und GGCA, zeigt sich, das trotz eines Advocacy-Bemühens um Textreferenzen zu Geschlechterverhältnissen und Frauen in der UNFCCC, welches beiden wichtig ist, ihr jeweiliges konzeptionelles Verständnis von Gendergleichheit stark differiert. Diese ideologisch-konzeptionellen Differenzen verhindern wohl auch zukünftig eine koordinierte Zusammenarbeit oder gar verabredete Arbeitsteilung zwischen beiden Netzwerken. GenderCC sieht seine Arbeit als bottom-up approach lokaler Gruppen aus dem Süden und als feministische Kritik an den dem Klimawandel zugrundeliegenden globalen Macht-, Konsum-, und Wirtschaftsverhältnissen zu Lasten der Entwicklungsländer und der Frauen im speziellen. In einem solchen Verständnis müssen Klimafinanzierungsinstrumente, die sich unkritisch liberalen Marktmechanismen verschreiben, zum Beispiel das Clean Development Mechanism (CDM) oder Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries (REDD)¹⁴ als Lösungswege zur Bewältigung der Klimakrise abgelehnt werden, selbst wenn Frauen durch die Integration von Genderindikatoren oder eine verpflichtende Genderanalyse bei Projektanträgen von diesen Mechanismen profitieren könnten (GenderCC 2008). Dagegen konzentriert sich das GGCA auf eine inkrementelle Verankerung eines mehr technisch-strukturell interpretierten Gender Mainstreaming-Ansatzes in bestehende Instrumenten und Mechanismen, inklusive marktwirtschaftlich basierten. Während „Engendering REDD“ für ein Netzwerk wie Gender CC nicht erstrebenswert ist, stellt es bei GGCA im Fokus von ExpertInnenworkshop und Publikation mit dem Ziel, die Waldschutz-Politiken des UNFCCC

gendersensitiv und den möglichen monetären Nutzen aus diesen Programmen für Frauen in Entwicklungsländern zugänglich zu machen (GGCA u.a. 2009).

Geschlechtergerechter Ressourcenzugang am Beispiel der Klimafinanzierung

Der Zugang zu Macht und Ressourcen und damit die Geschlechterfrage, stellt sich gerade in der Klimafinanzierung besonders deutlich. Ab dem Jahr 2020 sollen mit bis zu 100 Milliarden US-Dollar jährlich enorme Summen in Form von Finanztransfers von reicheren an arme Länder für die nötige Anpassung und Emissionsvermeidung fließen. In den letzten drei Jahren sind Dutzende neuer Klimafinanzinstrumente entstanden,¹⁵ viele außerhalb des UNFCCC-Rahmens, zum Beispiel bei der Weltbank und bilateral bei Geberländern. Bislang ist nicht ein einziges dieser Finanzierungsinstrumente gender-sensibel. Es fehlt in den Statuten der Fonds jedwede Textreferenz auf die unterschiedlichen Finanzbedürfnisse und Umsetzungspotentiale für Männer und Frauen. Es gibt weder Experimente mit einer Quote für Frauenprojekte noch die Pflicht zur Genderanalyse im Projektplanungsstatus oder Genderindikatoren für Evaluierung und Monitoring der Projektimplementierung und – vielleicht am wichtigsten – keine aktive Vertretung der Interessen von Frauen in den Verwaltungs- und Entscheidungsgremien dieser Fonds (Schalatek 2009). Doch der richtige Zeitpunkt zur genderpolitischen Intervention auf multiplen Entscheidungs- und Politikebenen (UNFCCC, Weltbank, Geberländer, Globale Umweltfazilität, nationale Projektumsetzungsbehörden) ist jetzt, denn: die meisten neuen Fonds sind noch in der Operationalisierungsphase und haben erst mit der Implementierung weniger Projekte begonnen. Erfahrungen mit einer genderbewussten Vergabe von Mitteln aus der Entwicklungshilfe wie Genderbudgets, Mikrokredite, Frauenkooperativen oder die gezielte Rückstellung von Ressourcen für Frauenprojekte könnten und sollten auf ihre Relevanz hinsichtlich der Klimafinanzierung überprüft werden. Umso besorgniserregender ist, dass die Genderdimension in Bezug auf die Klimafinanzierung weder von der Wissenschaft noch von Advocacy-Gruppen bislang im notwendigen Maße begleitet wird (ebd.).¹⁶ Zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Klimapolitik braucht es nicht nur ausreichende Finanzressourcen, es bedarf auch der politischen Anerkennung der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit gendersensitiver Finanztransfers sowie die Rechtsverbindlichkeit ihrer Zusagen – und damit politische Führerschaft. Daran mangelt es aber gegenwärtig in der internationalen Klimapolitik, wie das jüngste Scheitern der COP 15 im Dezember in Kopenhagen deutlich gemacht hat. Kopenhagen hat der Welt schmerzlich die Grenzen politischer Führungs – und Handlungsfähigkeit einer Riege von Regierenden vor Augen geführt, die sich kurzzyklische Machtmandate und Ämter dadurch zu bewahren suchen, dass sie in nationalstaatlichen Interessen statt in globalen Interdependenzen und gesellschaftlichen Zusammenhängen denken.¹⁷ In einem solch machtpolitisch verordneten Zugang zu internationalen Klimaverhandlungen werden Geschlechterfragen, wenn überhaupt, als nebensächlich betrachtet. Für die Mehrheit der Regierungschefs und Umweltmi-

nister der Welt kommt Geschlechtergleichheit leider bislang als politisches Mandat für internationale Klimaverhandlungen (noch?) nicht vor.

Anmerkungen

- 1 In den USA hat Hurrikan Katrina 2005 in New Orleans afroamerikanische Frauen als ärmste Bevölkerungsgruppe am härtesten getroffen, und bei der europäischen Hitzewelle von 2003 waren 70 % der Todesopfer Frauen (WEDO 2007).
- 2 UN OSAGI, das dem UN Generalsekretär unterstellte Büro des Sonderberaters für Genderthemen und die Förderung von Frauen, definiert Geschlechtergleichheit (gender equality) wie folgt: „Gender equality refers to the equal rights, responsibilities and opportunities of women and men and girls and boys. (...) Equality between women and men is seen both as a human rights issue and as a precondition for, and indicator of, sustainable people-centered development.“ Internet: <http://www.un.org/womenwatch/osagi/conceptsanddefinitions.html> (10.02.2010).
- 3 Der UN Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) hat 1997 folgende Definition von Gender Mainstreaming verabschiedet: „Mainstreaming a gender perspective is the process of assessing the implications for women and men of any planned action, including legislation, policies or programmes, in all areas and at all levels. It is a strategy for making women’s as well as men’s concerns and experiences an integral dimension of the design, implementation, monitoring and evaluation of policies and programmes in all political, economic and societal spheres so that women and men benefit equally and inequality is not perpetuated. The ultimate goal is to achieve gender equality.“ Internet: <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/GMS.PDF> (10.02.2010).
- 4 Die Bewertungsberichte des IPCC gehen nur an wenigen ausgesuchten Stellen auf die Genderdimension des Klimawandels ein, so in der Diskussion um Verletzlichkeit und Anpassungskapazität sowie in der Erörterung von Gesundheitsfolgen.
- 5 Gender-disaggregierte Datensätze sind im Zusammenhang mit dem Genderaktionsplan der Weltbank, der Geschlechtergleichheit als „Smart Economics“ (World Bank 2006) postuliert, als wesentliche Voraussetzung für die Effektivität von Entwicklungsprogrammen definiert worden (Badiie 2009).
- 6 Nur wenige Klimastudien beschäftigen sich überhaupt mit den genderdifferenzierten Beiträgen, die Männer und Frauen zur Emissionvermeidung leisten können (Lambrou/Pianna 2006). Unterschiede in der Nutzung und im Bedarf von Energie, Transportmitteln und Technologie sowie im Konsumverhalten, viele durch die jeweiligen Geschlechterrollen bestimmt, sind bislang weitestgehend unerforscht, undokumentiert und werden damit nicht relevant für die Diskussion um effektive Mitigationsstrategien und ihre Finanzierung (Schalatek 2009). Damit unbeantwortet bleibt auch die spekulative Frage, ob und inwieweit eine geschlechtergerechtere Welt eine klimafreundlichere wäre.
- 7 Zum Beispiel die sehr teure, aber bislang nicht erprobte Technologie des „Carbon Capture and Storage“ (CCS), der unterirdischen Lagerung von CO₂-Emissionen, beim Bau großer neuer Kohlekraftwerke.
- 8 Das von der Nobelfriedenspreisträgerin Wangari Maathai bereits vor mehr als 30 Jahren in Kenia gegründete Green Belt Movement ist wohl das bekannteste Beispiel für Mitigationsleistungen, die Frauen auf lokaler Ebene durch Wiederaufforstungsprojekte schon seit Jahrzehnten, meist unbezahlt, erbringen. Internet: www.greenbeltmovement.org (10.02.2010).
- 9 Als wichtigste seien der Clean Development Mechanism (CDM) sowie Joint Implementation (JI) genannt.
- 10 Im Gefolge der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 und ihrem Mandat zum Gender Mainstreaming entstanden in den meisten Unterzeichnerstaaten sogenannte nationale Gendermaschinerien.
- 11 Die Website des feministischen Netzwerks GenderCC dokumentiert die Aktivitäten von Genderaktivistinnen in der UNFCCC in allen Conference of Parties (COP). Internet: <http://www.gendercc.net/policy/conferences.html> (10.02.2010).
- 12 Die Nordischen Länder (allen voran Island, Norwegen und Finnland) liegen nicht nur zuhause in der Erreichung von Geschlechtergleichheit im internationalen Vergleich auf den ersten Plätzen (Hausmann u.a. 2009), sie sind in internationalen Organisationen und Konventionen auch häufig treibende Kraft und Hauptfinanziers von Gender- und Frauenprogrammen wie zum Beispiel UNIFEM oder der Genderaktionsplan der Weltbank.
- 13 Die CAN Webseite zeigt nur vier Texte mit Bezügen auf Gender oder Frauen, allesamt Berichte über Aktivitäten und Aktionen anderer Gruppen. Internet: www.climatenetwork.org (10.02.2010).

- 14 REDD steht für Reducing Emissions from Deforestation and Degradation, also die Reduzierung von Emissionen aus Abholzung und der Schädigung von Wäldern.
- 15 Die wichtigsten multi- und bilateralen Klimafonds, ihre Governance-Strukturen und die durch sie geförderten Projekte analysiert die Website Climate Funds Update, ein Kooperationsprojekt der Heinrich Böll Stiftung und des Londoner Overseas Development Institutes. Internet: www.climatefundsupdate.org (10.02.2010).
- 16 Eine Ausnahme bilden die beiden Gender- und Klima-Netzwerke, Gender CC und GGCA. Bereits seit 2008 arbeitet die Heinrich Böll Stiftung zur Klimafinanzierung, inklusive ihrer Genderdimension, dies bleibt auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Klimaarbeit der Organisation.
- 17 Der Status der UNFCCC als Vertragsgemeinschaft von 192 Staaten, die selten disaggregiert als Kollektiv von Sozial- und Interessengruppen wahrgenommen werden, verstärkt diese Tendenz. Die politische Abschlusserklärung von Kopenhagen betrachtet Vulnerabilität dann auch nur im Kontext von Staatengruppen, nicht Sozialverbänden. Internet: http://unfccc.int/files/meetings/cop_15/application/pdf/cop15_cph_auv.pdf (10.02.2010).

Literatur

Badiee, Shaida, 2009: „What Is Not Counted Does Not Count. The Importance of Sex-Disaggregated Statistics for Effective Programs“. In: Gender Equality as Smart Economics Newsletter, April 2009, 4. Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTGENDER/Resources/Genderdata-Spring09.pdf> (10.02.2010).

CBD (Convention on Biological Diversity), 2008: The Gender Plan of Action under the Convention on Biological Diversity. Note of the Executive Secretary. UNEP/CBD/COP/9/INF/12/Rev.1, 23 May 2008. Internet: <http://www.cbd.int/doc/meetings/cop/cop-09/information/cop-09-inf-12-rev1-en.pdf> (10.02.2010).

GenderCC (Women for Climate Justice), 2008: GenderCC Contribution to REDD. Internet: http://www.gendercc.net/fileadmin/inhalte/Dokumente/UNFCCC_conferences/COP14/Gendercc_submission_REDD.pdf (10.02.2010).

GGCA (Global Gender and Climate Alliance)/WOCAN (Women Organizing for Change & NRM) / IUCN (International Union for Conservation of Nature), 2009: Engendering REDD Workshop. San José. URL: http://www.unredd.net/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=397&Itemid=53 (10.02.2010).

Hausmann, Ricardo, 2009: Global Gender Gap Report 2009. World Economic Forum. Internet: <http://www.weforum.org/pdf/gendergap/report2009.pdf> (10.02.2010).

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), 2007a: „Summary for Policy Makers“. In: Solomon, S. u.a. (Hg.): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contributions of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the International Panel on Climate Change. Cambridge und New York. Internet: <http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg1/ar4-wg1-spm.pdf> (10.02.2010).

IPCC, 2007b: „Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change“. In: Parry, M.L., (eds.), Cambridge University Press, Cambridge, UK. Internet: <http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/wg2/ar4-wg2-chapter19.pdf> (10.02.2010).

IUCN (International Union for Conservation of Nature)/ UNDP (United Nations Development Programme)/ GGCA (Global Gender & Climate Alliance) (Hg.), 2009: Training Manual on Gender and Climate Change. San Jose. Internet: http://www.generoyambiente.org/archivos-de-usuario/File/ecosistemas_especificos.pdf (10.02.2010).

Lambrou, Yianna, 2005: Gender Perspectives on the Conventions: Biodiversity, Climate Change and Desertification. Gender and Population Division, United Nations Food and Agriculture Organization (FAO). Internet: http://www.fao.org/sd/dim_pe1/pe1_050301a1_en.htm (10.02.2010).

Lambrou, Yianna/Pianna, Grazia, 2006: Gender: The Missing Component of the Response to Climate Change. Internet: http://www.fao.org/sd/dim_pe1/docs/pe1_051001d1_en.pdf (10.02.2010).

Rodenberg, Birte, 2009: „Climate Change Adaptation from a Gender Perspective. A cross-cutting analysis of development policy instruments“. DIE Discussion Paper Nr. 24, Bonn.

Schalatek, Liane, 2009: Gender and Climate Finance: Double Mainstreaming for Sustainable Development. Heinrich Böll Stiftung, Washington, DC.

Terry, Geraldine, 2009: „No climate justice without gender justice: an overview of the issues.“ Gender and Development, 17. Jg., H. 1, 5-18.

UN (United Nations), 2000: Resolution Adopted by the General Assembly. 55/2 United Nations Millennium Declaration. Internet: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm> (10.02.2010).

UN, 2002: Report of the World Summit on Sustainable Development. A/CONF.199/20. Internet: http://www.un.org/jsummit/html/documents/summit_docs/131302_wssd_report_reissued.pdf (10.02.2010).

UN DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs), 1992: „Chapter 24: Global Action for Women Towards Sustainable and Equitable Development“ In: UN DESA (Hg.): Agenda 21. Internet: http://www.un.org/esa/dsd/agenda21/res_agenda21_24.shtml (10.02.2010).

UN ECOSOC (United Nations Economic and Social Council), 2009: Report of the Secretary-General on the review of the implementation of the Beijing Declaration and Platform for Action and the outcome of the twenty-third special session and its contribution to shaping a gender perspective in the realization of the Millennium Development Goals. E/CN.6/2010/2. Internet: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/637/20/PDF/N0963720.pdf?OpenElement> (10.02.2010).

UNDP (United Nations Development Programme), 2009: Resource Guide on Gender and Climate Change. Internet: http://www.un.org/womenwatch/downloads/Resource_Guide_English_FINAL.pdf (10.02.2010).

UNFPA (United Nations Population Fund) 2009: Facing a Changing World: Women, Population and Climate. State of World Population 2009. Internet: http://www.unfpa.org/swp/2009/en/pdf/EN_SOWP09.pdf (10.02.2010).

WEDO (Women's Environment and Development Organization), 2008: Case Study: Gender, Climate Change and Human Security: Lessons from Bangladesh, Ghana and Senegal. Internet: <http://www.wedo.org/wp-content/uploads/hsn-study-final-may-20-2008.pdf> (10.02.2010).

WEDO (Women's Environment and Development Organization), 2007: Changing the Climate: Why Women's Perspectives Matter. New York.

WEDO (Women's Environment and Development Organisation)/ **UNFPA** (United Nations Population Fund), 2009: Climate Change Connections: A Resource Kit on Gender, Population and Climate Change. Internet: <http://www.unfpa.org/public/publications/pid/4028> (10.02.2010).

World Bank, 2006: Gender Equality as Smart Economics. A World Bank Group Gender Action Plan (Fiscal years 2007-2010). Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTGENDER/Resources/GAPNov2.pdf> (10.02.2010).

World Bank, 2009: World Development Report 2010. Development and Climate Change. Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2010/Resources/5287678-1226014527953/WDR10-Full-Text.pdf> (10.02.2010).